

Workshop Arbeit

Tandempartner: Roland Weber- LAG Werkstatträte, Dr. Oliver Bloeck - StMAS

1. Themenschwerpunkte

- Menschen mit Behinderung haben ein großes, leider oftmals ungenutztes Potential. Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel sollte dieses Potential genutzt werden.
- „Inklusion“ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. „Inklusion“ beschränkt sich nicht nur auf das Arbeitsleben, sondern beginnt schon bei der frühkindlichen Erziehung / Bildung. Auch die Schnittstelle „Übergang Schule – Beruf“ sein daher ein wichtiges Feld.
- Außerdem wurde von den Tagungsteilnehmern eine stärkere Aufklärungsarbeit und Bewusstseinsbildung gefordert. Insbesondere solle die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den IHKs und HWKs stärker ausgebaut werden.
- Ferner wurde gefordert, dass der Integrationsfachdienst (IFD) als praktischer Dienstleister vor Ort erhalten bleiben solle. Das gebündelte Fachwissen des IFD und die Unterstützung aus einer Hand seien von großer Bedeutung.
- Weiterhin wurde vorgetragen, dass der Freistaat als Vorbild für die privaten Arbeitgeber fungieren solle und alle Ressorts ihre Beschäftigungsquote erfüllen sollten.
- Schließlich wurde aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer vorgeschlagen, sowohl die Pflichtquote und als auch die Ausgleichsabgabe zu erhöhen. Der Druck auf die Arbeitgeber solle so erhöht werden.

2. Bewertung und Handlungsbedarf

- Die Erhöhung der Pflichtquote und/oder der Ausgleichsabgabe stieß auch in der Zuhöerschaft auf unterschiedliches Echo. Auch aus Sicht von Referat IV 3 erscheinen diese Maßnahmen nicht unbedingt zielführend. „Zwang“ sei nicht der richtige Weg. Vielmehr sei es wünschenswert, dass bei den Arbeitgebern ein Bewusstseinswandel statfinde und diese das Potential der Menschen mit Behinderung erkennen.

- Der Freistaat Bayern erfüllt bereits die gesetzliche Beschäftigungspflichtquote (5%) mit 6,2% über (Stand 2010). Gleichwohl besteht bei einigen Ressorts noch „Nachholbedarf“.
- Das StMAS plant bereits eine stärkere Aufklärungsarbeit. So haben die örtlichen Integrationsämter Kontakt mit den IHKs und HWKs aufgenommen. Über diese Kontakte sollen auch mittelständische und kleine Unternehmen erreicht werden. Weiterhin sind Schulungen und gemeinsame Veranstaltungen geplant.
- Das StMAS wird sich auch weiterhin für die Erhaltung der erfolgreichen Strukturen der IFD gegenüber dem Bund einsetzen (Daueraufgabe).
- Infolge des Vorschlags von Frau MdL Brigitte Meyer wird das StMAS gegenüber den anderen Ressorts für die Einstellung von (noch) mehr Menschen mit Behinderung appellieren. Besonderes Augenmerk wird dem StMWIVT als „Mittler“ gegenüber der Wirtschaft gelten.